



SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT
BEI DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

PX/ln

P.B.Nr.29

KÖLN-Bayenthal, den 27. Oktober 1954
Bayenthalgürtel 15
Telephon: 3 30 31

*En circulation:
6.11. n.p.*

Retour le 17.11

Herr Bundesrat,

Pariser Konferenz
vom 19.-23. Oktober:

Ein Teilnehmer der Pariser Konferenz berichtete mir von seinen Eindrücken. Die Konferenz beendet die bisher gefährlichste Krise des Westens. Nach der Ablehnung des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft war das Desinteressement der Vereinigten Staaten an Europa und ihr Rückzug auf die periphere Verteidigung zu einer sehr konkreten Gefahr geworden. Europa war bedrohter als man das gemeinhin glauben wollte.

In Paris konnten fast alle von der Londoner Konferenz formulierten Grundsätze in Vertragstexte umgesetzt werden. Gelöst wurde das überfällige Problem der deutschen Souveränität. Wäre diese Frage offen geblieben, so hätte das den Rechtsextremisten in Deutschland grossen Auftrieb gegeben. Die Sicherheit Europas ist wesentlich verstärkt, nicht nur durch den deutschen militärischen Beitrag, sondern dank der festen Verpflichtung von Amerika und Grossbritannien, Truppen auf dem Kontinent zu stationieren.

Die parallel laufenden Zweier-, Vierer-, Neuner- und Vierzehner-Konferenzen bewirkten ein atemberaubendes Tempo. Dank den ausgezeichneten Vorbereitungen verliefen die Verhandlungen über die deutsche Souveränität und den Beitritt der Bundesrepublik zum Brüsseler Pakt und zur NATO glatt.

Herrn Bundesrat Max P e t i t p i e r r e
Vorsteher des Eidg. Politischen Departements
B e r n



Wie erwartet kam die Krise von der Saarfrage. Das Schicksal der Konferenz stand auf des Messers Schneide. Das Saarabkommen kam in letzter Stunde und mit knapper Not zustande. Es ist ein Kompromis, der für Adenauer bis an den Rand des Tragbaren geht. Adenauer blieb nichts anderes übrig, als dem Abkommen zuzustimmen, da der weitergehende deutsche Standpunkt in der Saarfrage weder von England noch von Amerika unterstützt wurde.

Die Saarlösung weist Analogien auf zu dem 1920 vom Versailler-Vertrag geschaffenen autonomen Saargebiet. Wie einst der Völkerbundskommissar, hat jetzt der vom Ministerrat der Westeuropäischen Union zu ernennende Kommissar die Saar nach aussen zu vertreten und die Innehaltung des Saarstatuts zu überwachen. Die aussenpolitische Vertretung durch Frankreich hört somit auf. Dagegen bleibt die bisherige Wirtschafts- und Währungsunion mit Frankreich aufrecht. Sie soll sukzessive gelockert werden durch Erleichterung der deutschen Importe. In den inneren Angelegenheiten ist die Saar autonom. Mein Interlocutor insistiert: Es ist kein neuer Staat entstanden, es hat auch keine "Europäisierung" stattgefunden, d.h. keine territoriale Abtretung an die Westeuropäische Union; die Saar gehört, bis ein Friedensschluss endgültige Verhältnisse schafft, völkerrechtlich zu Gesamtdeutschland.

Drei Hauptanliegen der deutschen Seite wurden erfüllt: 1. Das Abkommen ist ein Provisorium. Mendès-France liess das Ansinnen, die Bundesrepublik solle sich verpflichten, bei den Friedensverhandlungen für die jetzige Lösung einzutreten, fallen. 2. Zwei Volksbefragungen sollen an der Saar stattfinden: die erste demnächst über das neue Saarstatut und eine zweite bei Abschluss eines Friedensvertrags über dessen Saarbestimmungen. 3. Die Zulassung der prodeutschen Parteien. Alles in allem also vom deutschen Standpunkt ein Fortschritt.

Trotz dieser Erfolge erwarten Adenauer keine triumphalen Empfänge, sondern harte Auseinandersetzungen. Wie gewöhnlich, wenn Adenauer abwesend ist, geht es drunter und drüber. Die Hauptverträge werden kaum gewürdigt, dafür wird das Saarabkommen von den Parteien übermässig kritisiert: Voll zu den gefundenen Lösungen steht nur die Christliche Demokratische Union (CDU); ihr Fraktionsführer von Brentano erklärte: "Wenn nötig, werden wir mit unseren alleinigen Stimmen ratifizieren". Die Opposition lehnt alles in Bausch und Bogen ab. Von überraschender Schärfe ist die Reaktion der Koalitionsparteien: die Freien Demokraten (FDP) und die Flüchtlingspartei (BHE) überbieten sich in ihrer Kritik. Die Koalition ist bröckelig geworden, sogar das Kabinett ist gespalten. Das Hauptbedenken ist: Das Provisorium der Saarlösung sei nicht echt, es handle sich um ein verschleiertes Definitivum. Dem hält die Regierung die zweite Volksbefragung entgegen; da die Saarbevölkerung über die Bestimmungen des künftigen Friedensvertrages abstimmen soll, könne von einem Definitivum nicht die Rede sein.

Trotzdem werden die Aussichten der Bonner Ratifizierung positiv beurteilt. Die FDP wird sich einen Austritt aus der Regierung noch sehr überlegen. Die Aufregung im Parlament dürfte sich legen, denn sie wird im Volke nicht von einer Grundwelle der Empörung getragen. Zudem stehen im Falle einer Ablehnung zu grosse deutsche Interessen auf dem Spiele. Die Ratifizierung ist gesichert, falls für die Genehmigung die einfache Mehrheit genügt. Doch sind juristische Spitzfindigkeiten seitens der Opponenten zu erwarten, wie z.B. qualifiziertes Mehr, Anrufung des Bundesverfassungsgerichts etc. Wenn eine Zweidrittelmehrheit erforderlich wäre, würde die Ratifizierung allerdings fraglich. Doch sagte ein sehr versierter Politiker zu mir: "Adenauer wird noch viel Aerger und Mühe haben, die Pariser Abkommen durchzusetzen, aber es wird gelingen".

Adenauer ist mit der Saarlösung insofern zufrieden, als ein Definitivum vermieden wurde, sodass - wie hier mit Recht angenommen wird - die Zeit für Deutschland arbeiten kann. Aber gerade deshalb ist Adenauer zu optimistisch, wenn er hofft, die Saar werde zu einer Brücke zwischen Deutschland und Frankreich werden. Der Saarkommissar müsste die Gabe eines Magiers haben, um das Saarstatut so zu handhaben! Vielmehr ist zu befürchten, dass die Saarlösung zur Quelle neuer Reibungen mit Frankreich werde, weil von beiden - Deutschland und Frankreich - versucht werden wird, die Entwicklung an der Saar weiterhin zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Die alten Rivalitäten werden -vielleicht noch verstärkt- weitergehen und das Saarproblem wird kaum von der politischen Tagesordnung verschwinden.

Das Pariser Vertragswerk zieht unter eines der grössten Nachkriegsprobleme einen Schlusstrich: Die Stellung Deutschlands in der Völkergemeinschaft. Sicherlich ist dieses Resultat in erster Linie der Konsolidierung Deutschlands sowie dem Einfluss der West-Ost-Spannung zuzuschreiben, doch zu einem sehr grossen Teil ist es auch die Frucht von Adenauers geradliniger Aussenpolitik, welche die erforderliche Vertrauensatmosphäre schuf.

Die wiedergewonnene Souveränität und militärische Macht bringt die Rückkehr der Bundesrepublik in die grosse Politik. Dies wird nicht ohne Reibungen gehen. Aber auch auf dem innenpolitischen Felde eröffnen sich Möglichkeiten zum Guten und zum Bösen. Heute haben die Kräfte der Demokratie und Mässigung die Oberhand. Zweifellos wird die neue Stellung der Bundesrepublik den autoritären und militaristischen Tendenzen Auftrieb geben. Werden die ersteren sich behaupten können? Das kann man heute nicht voraussagen. Doch spricht viel dafür.

Interessant ist die hiesige Stimmungswandlung hinsichtlich Mendès-France. In brüskem Uebergang von ein-

stiger Kritik zu Lob betont mein Interlocutor, wie sehr das Verhältnis zwischen Adenauer und Mendès-France sich in Paris verbessert habe. Ihre Begegnungen nahmen einen sehr guten Verlauf. Zum ersten Mal kam es zwischen den beiden so verschieden gearteten Staatsmännern zu einem wirklichen Gespräch, d.h. mit gegenseitigem Eingehen auf die Belange des anderen. Bei ihrem tour d'horizon der deutsch-französischen Probleme wurden grosse französische Lieferungen von Getreide und Zucker gegen deutsche Maschinen ins Auge gefasst, ferner gemeinschaftliche Unternehmen in den Kolonien u.a. In Paris wurde das Eis zwischen den beiden Männern gebrochen. Es gelang, ein Vertrauensverhältnis herzustellen und namentlich den Zweifel zu beheben, Mendès-France hätte sich in Genf an die Kommunisten verkauft. Mendès-France sei nicht ein Mann von schönen Worten; er ist ein nüchterner Realist. Anstatt Lippenbekenntnisse zu Europa, bekommt man bei Mendès-France konkrete Lösungen zu hören.

Sowjetnote vom
23. Oktober :

Die Antwort auf den russischen Vorschlag einer Viererkonferenz dürfte ähnlich lauten wie die Antwort, welche die Alliierten Molotow bereits in Berlin erteilten: Erst verbindliche Zusage freier Wahlen, dann erst Viererkonferenz.

Was die Russen unter "freien Wahlen" verstehen, das zeigen die Wahlen vom 17. Oktober in der Sowjetzone. Nach hiesiger Auffassung waren sie ein Wahlbetrug und es liege nahe, dass eventuelle gesamtdeutsche Wahlen nach gleichem Rezept durchgeführt würden. Walter Ulbricht liess die Katze aus dem Sack, als er am 9. Oktober in der "Tribüne" schrieb: "Die Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten der Nationalen Front ist Vorbereitung für das, was wir später für ganz Deutschland weiterführen wollen". Warnend wird hier auf diesen Ausspruch hingewiesen.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung
meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESANDTE

